

SBB schliessen roten Infopoint

Bahnhof Luzern Um die Passagiere zu informieren, lancierten die SBB, die Zentralbahn und Luzern Tourismus Ende 2016 einen Infopoint. Ein rotes, schmuckes Kabinchen auf Höhe der Perrons. Dort gab es etwa Fahrplan- und Gleisankünfte oder Infos über die aktuelle Betriebslage. Billette kaufen konnte man nicht; das SBB-Reisezentrum befindet sich seit 2015 im ersten Stock. Für den Betrieb dieses Infopoints sorgten die Mitarbeitenden mit insgesamt dreieinhalb Vollzeitstellen.

Nun wurde die rote Box entfernt. Geschlossen wurde sie bereits Anfang Januar. Gemäss Angaben der SBB-Pressestelle sind zurzeit restliche Rückbauten im Gange – die Fläche bleibt danach leer. Das Ende des Infopoints nach etwas mehr als neun Jahren begründet SBB-Sprecherin Fabienne Thommen mit dem rückläufigen Kundenaufkommen seit 2018. Infos erhalten Bahnfahrrende nun oben im Reisezentrum – Ad-hoc-Fragen werden gleich am Eingang beantwortet, ohne dass man eine Nummer ziehen muss. Bei grösseren Betriebsstörungen informiert jeweils weiterhin auch Personal direkt auf den Perrons die Fahrgäste. (mme)

Trauer um Sohn von Roger Erni

Kriens Es war ein bewegender Moment: Am Donnerstag hielt der Einwohnerrat eine Schweigeminute für Nino Erni ab. Der Sohn von Stadtrat und FDP-Kantonsrat Roger Erni ist vor wenigen Tagen im Alter von 24 Jahren nach längerer Krankheit verstorben. Sein Schicksal und auch jenes der Familie Erni ging vielen Anwesenden im Krienser Pilatssaal sichtlich nahe. Vor der Schweigeminute äusserte Einwohnerratspräsidentin Zita Bucher einige Worte, auch im Namen Roger Ernits. Diese drückten die tiefe Trauer über den frühen Tod Ninos aus, aber auch den Stolz der ganzen Familie auf ihn. Er habe im Beisein der Familie im Luzerner Kantonsspital friedlich einschlafen können. (std)

A2-Abdeckung nimmt Hürde

Das Krienser Parlament bewilligt die Einhausungen ohne Gegenstimme. Trotzdem gibt's Kritik.

Stefan Dähler

Mit 26,12 Millionen Franken soll sich die Stadt Kriens an den Teilüberdachungen der Autobahn A2 beteiligen. Den entsprechenden Sonderkredit hat der Einwohnerrat am Donnerstag ohne Gegenstimme gutgeheissen (25 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen). Das Geschäft kommt im September noch vor das Stimmvolk.

Die Gesamtkosten für die Überdachungen betragen rund 186 Millionen Franken. Neben Kriens beteiligen sich der Kanton Luzern mit 48,5 Millionen und das Bundesamt für Strassen (Astra) mit 111,92 Millionen Franken. Der Kantonsbeitrag muss noch vom kantonalen Parlament und Stimmvolk bewilligt werden, jener des Astra ist bereits gesichert. Geplant sind eine Überdeckung im Gebiet Arsenal/Rösslimatt mit einer Länge von 250 bis 300 Metern sowie die Verlängerung des Tunnels Schlund um 130 bis 150 Meter. Eine weitere, 240 Meter lange Abdeckung ist im Bereich Sonnenbergportal-Grosshof geplant. Diese wird vom Astra alleine im Rahmen des 1,8-Milliarden-Autobahnausbauprojekts Bypass finanziert.

Kritik am Vorgehen mit der Beschwerde

Zurück zur Debatte im Einwohnerrat: Die Enthaltungen kamen von zwei Grünen und je einer Vertreterin der Jungen Grünen und der SP. Das Quartett kritisierte insbesondere das Vorgehen bei der Beschwerde der Stadt gegen das Bypass-Autobahnprojekt. Vorgehen ist, dass diese nach dem Ja des Einwohner- und des Kantonsrats zurückgezogen wird; also vor den Volksabstimmungen. «So geben wir unser stärkstes Instrument aus der Hand, bevor Klarheit besteht», sagte Peter Stofer (Grüne).

Weiter fehlten flankierende Massnahmen wie eine durchgehende Busspur nach Luzern und Massnahmen für eine siedlungsverträgliche Bypass-Baustelle.



Die Autobahn A2 im Gebiet Arsenal.

Bild: Plus Amrein (Kriens, 20. 1. 2020)

Zudem sei der Mehrwert der Überdachungen begrenzt, von der ursprünglich angestrebten Volleinhausung sei man ziemlich weit entfernt. Und der Kostenteil der Stadt sei zu hoch.

Dieses Votum nahm Jörg Ziemssen (FDP) «stark irritiert» auf. Er teile zwar einen Teil der Kritik. Doch bei Verhandlungen könne man nicht einfach Maximalforderungen durchsetzen. «Wir sind überzeugt, dass wir das Bestmögliche herausgeholt haben.» Das Astra wollte ursprünglich gar keine weiteren Überdachungen realisieren. Auch Ruedi Wechsler (SVP) betonte den grossen Mehrwert der Teilüberdachungen: «Es bietet sich die einmalige Chance, den Autobahnabschnitt zwischen Sonnenberg und Schlund siedlungsverträglich zu gestalten. Davon profitieren Bevölkerung und Wirtschaft, das ganze Gebiet wird attraktiver.»

Den Mehrwert hob Michael Portmann (SP) ebenfalls hervor:

«Der Preis ist angemessen für das, was wir erhalten.» Es gebe weniger Lärm, mehr Fuss- und Veloverbindungen, mehr Grünflächen und auch die Grundstücke entlang der Autobahn gewinnen stark an Wert.

Kantonale Abstimmung als Stolperstein?

Mehrere Einwohnerratsmitglieder betonten, dass die kantonale Volksabstimmung zum Stolperstein werden könnte. «Die Bevölkerung muss daher proaktiv über den Mehrwert der Einhausung informiert werden», sagte Urs Becker (Mitte). Zuversichtlich stimmt ihn das klare Ja zum Ausbau der Kantonsstrasse in der Lammschlucht vom vergangenen Sonntag. «Auch Kriens hat mit 83,5 Prozent sehr deutlich Ja gesagt. Die Solidarität innerhalb des Kantons ist vorhanden.»

Stadtpräsidentin Christine Kaufmann (Mitte) betonte noch

einmal, dass städtebauliche Untersuchungen zeigen, dass eine Vollüberdeckung der A2 technisch und städtebaulich kaum machbar wäre. «Der Stadtrat ist überzeugt: Das vorliegende Konzept ist die beste Lösung, die unter den gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist.» Diese sei «finanzierbar, technisch machbar und städtebaulich sehr wirksam». Der Finanzierungsschlüssel sei fair. «Das Astra übernimmt 60 Prozent – das ist das Maximum gemäss dem Gesetz zur Verwendung der Mineralölsteuer.»

Zum Zeitpunkt des Rückzugs der Beschwerde vor den Volksabstimmungen hielt Kaufmann fest, dass alle Seiten Zugeständnisse müssten. Hinzu komme: «Die Stimmbevölkerung lässt sich nicht erpressen.» Wichtig sei nun, überzeugend aufzutreten und aufzuzeigen, «dass das Projekt für den ganzen Kanton Luzern, ja sogar für die Innerschweiz, wichtig ist.»

Datenschutzstreit wegen Parkplatz

Malters «Widerrechtliches Parkieren auf Privatgrund» – dies wird als Grund für eine Umtriebsentschädigung angeführt, die zahlreiche Personen in Malters in den vergangenen Tagen erhalten haben. Kostenpunkt: 60 Franken. Streitpunkt ist der an der Luzernerstrasse gelegene alte Postplatz. Wer dort sein Auto abstellt, muss mit unangenehmer Post rechnen. In sozialen Medien sind Dutzende Berichte dazu zu lesen: «Jeder der dort parkiert – auch nur 1 Minute – wird bestraft ...», schreibt eine Betroffene. Unmut bereitet auch der Umstand, dass Autos fotografiert werden – von einer Kamera an einem Gebäude auf der gegenüberliegenden Strassenseite aus. Online äussern Betroffene Bedenken wegen des Datenschutzes.

Zahlreiche Personen geben in den sozialen Medien an, dass sie sich an die Gemeinde gewendet haben. «Behauptungen, die Umtriebsentschädigungen würden im Auftrag der Gemeinde eingefordert, weisen wir hiermit in aller Form zurück», schreibt die Gemeinde auf ihrer Website. Wegen der Videoüberwachung, die sich «nicht auf das betreffende private Grundstück beschränkt» und weil öffentlicher Grund überwacht werde, habe die Gemeinde die Luzerner Polizei und den Datenschutz eingeschaltet. Zu den Geldforderungen schreibt die Gemeinde, es handle sich um ein zivilrechtliches Thema, weshalb sie nur als Vermittlerin auftreten könne. Mehrfach habe man versucht, die Verantwortlichen zu kontaktieren, jedoch erfolglos.

Seit Kurzem weist ein Schild nun auf die Videoüberwachung des Privatgrundstücks hin, berichtet Tele 1. Wegen Straftaten gegen Parkwächterinnen würden alternative Kontrollmöglichkeiten geprüft, teilte die zuständige Immobilienfirma gegenüber dem Sender mit: Man müsse «aufgrund von vermehrtem Vandalismus, Sachbeschädigungen sowie Diebstählen flächendeckend Kameras einsetzen. Datenschutzbestimmungen würden dabei eingehalten. (gwa)

Neuer Wohnraum auf altem Schulgelände

Der Krienser Einwohnerrat bewilligt die Umzonung des Sackweid-Areals. Viele Wohnungen sollen gemeinnützig sein.

Stefan Dähler

Auf dem Sackweid-Areal im Obernau soll eine neue Wohnüberbauung entstehen. Der Krienser Einwohnerrat hat die dafür nötige Umzonung am Donnerstag einstimmig in zweiter Lesung bewilligt. Und dabei festgehalten, dass zwei Drittel der Wohnungen gemeinnützig sein müssen.

Auf dem betroffenen Grundstück befand sich unter anderem die ehemalige jüdische Talmud-Schule «Jeschiwah», die schon seit Jahren geschlossen ist. Nach mehreren Wechseln gehört es der Neue Haus AG, einer Unterfirma des Bauunternehmens Lika Group mit Sitz in Rotkreuz. Für die Realisierung der gemein-

nützigen Wohnungen wird diese mit der Allgemeinen Baugenossenschaft Kriens sowie der Liberalen Baugenossenschaft Kriens zusammenarbeiten, wie bereits in der ersten Lesung bekannt wurde.

Stadt erhält 1,3 Millionen Mehrwertabgabe

Das Sackweid-Grundstück befindet sich heute in der Zone für öffentliche Zwecke. Künftig soll es, wie die benachbarten Parzellen, der Wohnzone D angehören. Darin sind talseitige Fassadenhöhen von maximal 12 Metern möglich. Gemäss einer bereits durchgeführten Machbarkeitsstudie sollen auf dem Areal drei Mehrfamilienhäuser gebaut werden. Durch die Um-



So sieht es auf dem brachliegenden Sackweid-Areal bis heute aus.

Bild: Manuela Jans-Koch (Kriens, 25. 1. 2024)

zonung entsteht gemäss externem Gutachten ein Mehrwert von 6,7 Millionen Franken. Davon gehen 1,3 Millionen Franken

als Mehrwertabgabe an die Stadt Kriens.

Beim Geschäft handelt es sich um den Gegenvorschlag des

Stadtrats auf eine Initiative der Mitte. Der Unterschied zwischen den Vorlagen: Die Mitte fordert, dass das Sackweid-Areal der Bebauungsplanpflicht unterstellt wird, der Stadtrat sieht eine Gestaltungsplanpflicht vor. Der Bebauungsplan müsste vom Einwohnerrat nochmals bewilligt werden, der Gestaltungsplan fiele in die Kompetenz des Stadtrats. Mit dem Gegenvorschlag strebt die Exekutive mehr Tempo bei der Umsetzung des Bauprojekts an.

Eine Frage ist noch offen

Ob die Mitte die Initiative zurückzieht, hat die Partei noch nicht entschieden. Wenn sie das tut und gegen den Gegenvor-

schlag kein Referendum ergriffen wird, entfällt die Volksabstimmung. Ein Rückzug scheint durchaus denkbar zu sein, denn Fraktionssprecher Andreas Vonesch äusserte sich positiv zum Gegenvorschlag: «Es wird wertvoller und notwendiger Wohnraum möglich.»

Auch andere Parteien lobten die Vorlage: Peter Stofer (Grüne) hob den hohen Anteil an gemeinnützigem Wohnraum positiv hervor. Auf diesen kam auch Nuria Montero (SP) zu sprechen: «Das, was möglich ist, muss die Politik für gemeinnützigem Wohnraum einsteht.» FDP und SVP verzichteten auf ein Votum, standen aber auch hinter dem Gegenvorschlag, wie sich in der Abstimmung zeigte.